informationen
vpod zürich
Oktober 2026

AOZ: nach Mandatsverlust

Arbeitsplätze sichern!

Die Betreuungsaufträge der AOZ in mehreren Bundesasylzentren enden am 31. Dezember 2026, danach übernehmen neue Anbieter. Für die betroffenen Mitarbeitenden bedeutet der Vergabeentscheid des Bundes grosse Unsicherheit: Viele wissen noch nicht, ob und wo sie ihre Arbeit fortsetzen können.

Dabei leisten sie täglich eine anspruchsvolle, gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit – in der Betreuung, Gesundheitsversorgung, Verpflegung, Administration und weiteren Bereichen. Der VPOD steht an der Seite der Beschäftigten. Aus Sicht des VPOD muss das laufende Konsultationsverfahren darauf ausgerichtet sein, Kündigungen zu vermeiden oder so weit wie möglich zu begrenzen. Vorrang haben der Erhalt der Arbeitsplätze, gleichwertige interne Lösungen und transparente Angebote für eine Weiterbeschäftigung. Wo dies nicht gelingt, braucht es einen wirksamen Sozialplan, der die unterschiedlichen Lebens- und Erwerbssituationen berücksichtigt und die Betroffenen konkret unterstützt.

Ebenso wichtig sind vollständige Informationen und eine echte Mitwirkung von Mitarbeitenden und Personalvertretungen. Entscheidungen dürfen nicht hinter verschlossenen Türen oder unter Zeitdruck getroffen werden. Der VPOD erwartet nachvollziehbare Verfahren, faire Chancen auf offene Stellen und eine besondere Aufmerksamkeit für ältere Mitarbeitende, Teilzeitangestellte, befristet Beschäftigte und Personen in Querschnittsfunktionen.

Der Mandatsverlust fällt in eine Phase, in der der neue Gesamtarbeitsvertrag im Sommer 2026 abgeschlossen und genehmigt wurde. Dieser Abschluss bleibt ein wichtiger gewerkschaftlicher Erfolg: Er sichert verbindliche Standards, Mitwirkungsrechte und soziale Schutzmechanismen. Gerade in einer Krise muss sich zeigen, dass diese Vereinbarungen eingehalten und konsequent umgesetzt werden.

Der VPOD wird das Verfahren eng begleiten, betroffene Kolleg*innen beraten und sich auf allen Ebenen für tragfähige Lösungen einsetzen. Die öffentliche Hand und alle beteiligten Organisationen tragen Verantwortung dafür, dass die Menschen, die den Asylbereich x tragen, nicht die Verlierer eines Vergabeentscheids werden.

Richard Ernst

Stadt Zürich: Kinderbetreuung

Kita-GAV JETZT!

Starke Stimmen und klare Positionen! So lässt sich die Versammlung der Kita-Mitarbeitenden vom 19. September 2026 zusammenfassen. Das Ziel vor dem Sommer war klar: Möglichst viele Menschen in den Kitas der Stadt Zürich über die laufenden Verhandlungen informieren und ihnen die Gelegenheit geben, sich einzubringen.

Über die Sommermonate war der VPOD in den Kitas der Stadt Zürich unterwegs und hat über die laufenden Verhandlungen informiert. Die Informationen stiessen auf grosses Interesse und mehrere hundert Personen haben die Gelegenheit genutzt, sich an der Umfrage zu den dringlichsten Forderungen zu beteiligen. In verschiedenen Kitas konnte das gesamte Personal befragt werden. Insgesamt konnte eine Mehrheit der Kitas erreicht werden.

Die Umfrage zeichnet ein deutliches Bild, das an der Versammlung vom 19. September 2026 präsentiert werden konnte. Die anwesenden VPOD-Mitglieder haben an dieser Versammlung einstimmig die wichtigsten Forderungen in den Bereichen Lohn und Arbeitszeit für die nächste Verhandlungsrunde beschlossen.

Fortsetzung folgt.

Martina Flühmann, Regionalsekretärin VPOD Zürich

Mach mit!

Du arbeitest in einer Kita, als Fachperson, Lernende/Lernender, Praktikant*in oder Quereinsteiger*in? Oder du bist Elternteil und willst bessere Kitas? Dann geht dich das an, auch wenn du noch nicht organisiert bist. Du musst dich nicht auskennen und nichts allein machen.

Zwei einfache erste Schritte: Erzähl, wie es in deiner Kita läuft: Mach bei der landesweiten Umfrage von CORRECTIV.Schweiz mit, als Beschäftigte/Beschäftigter oder als Elternteil. Jede Erfahrung macht die Lage sichtbar: *app.crowdnewsroom.org/crowdnewsroom/kitas-1-1*

Werde Teil der Bewegung: Der VPOD setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen und den ersten Kita-GAV der Deutschschweiz ein. Willst du mitmachen? Melde dich, und bring den Link in dein Team und deinen Elternchat. Mehr zur Kampagne: *vpod.ch/campa/gav-fuer-zuercher-kitas*

Gute Kinderbetreuung braucht gute Arbeitsbedingungen und genügend Geld. Je mehr wir sind, desto näher rückt das Ziel. Zusammen schaffen wir das!

VBZ: Antwort auf die Petition

«Sehr fair & privilegiert»

«Wir haben bereits sehr faire Arbeitsbedingungen.» Die Antwort des Stadtrats auf die Petition «Für faire Arbeitsbedingungen», die 1058 VBZ-Mitarbeitende unterzeichnet und am 8. Juli übergeben hatten, ist eingetroffen. Wenig überraschend das Fazit: Die VBZ würden bereits heute «sehr faire» Arbeitsbedingungen bieten. Die VBZ-Mitarbeitenden seien gegenüber städtischen Angestellten und anderen öV-Betrieben privilegiert. Stadtrat Baumer hat Ende August zu den vier Forderungen sinngemäss wie folgt Stellung genommen:

Maximal 90 Minuten Pause:
Ein neues Dienstplanmodell soll 2027 in der Garage Hardau getestet werden. Über 85 % der Dienste könnten damit auf maximal 90 Minuten Pause begrenzt werden, etwa 12 % der Werktagsdienste blieben jedoch weiterhin länger geteilt. Eine vollständige Umsetzung wäre nur mit zusätzlichen Arbeitstagen möglich. Das Modell wurde von der Mehrheit der befragten Mitarbeitenden bevorzugt und gemeinsam mit den Personalverbänden vereinbart.

Transparenz bei Verhandlungen:
Die bestehende betriebliche Vereinbarung sieht regelmässige Gespräche alle zwei Jahre vor, das nächste Mal im 1. Quartal 2027. Die VBZ erklären sich bereit, konkrete Anliegen zur gewünschten Transparenz zu prüfen. Die bisherige Zusammenarbeit und Kommunikation mit den Personalverbänden wird als gut und regelmässig bezeichnet.

Teilnahme an einer Studie zur 35-Stunden-Woche:
Eine Beteiligung der VBZ an einem entsprechenden Pilotprojekt wird grundsätzlich als denkbar betrachtet. Voraussetzung wären jedoch genügend Vorlauf für Personalrekrutierung und -ausbildung, eine geklärte Finanzierung der Mehrkosten sowie faire Teilnahmebedingungen. Bei einem positiven Ergebnis müsste anschliessend über eine dauerhafte Verbesserung der Arbeitsbedingungen und deren Finanzierung im ZVV beraten werden.

Keine unbezahlte Arbeit:
Die betriebliche Vereinbarung regelt weiterhin Abweichungen vom städtischen Personalrecht und soll regelmässig angepasst werden. Änderungen bei Zeitzuschlägen, etwa wegen häufiger Ein- und Ausfahrten von Elektrobussen, seien bereits vorgesehen. Die VBZ betonen, dass die Vereinbarung zahlreiche Vorteile für das Fahrpersonal enthält, die bei einer Kündigung wegfallen könnten.

Die aktuelle Betriebliche Vereinbarung fixiere teilweise Privilegien, die es sonst in der öV-Branche oder beim restlichen städtischen Personal nicht gebe. Bei einer Kündigung würden diese wegfallen. So der Stadtrat in seinem Antwortsschreiben von Ende August.

Die VPOD-Mitglieder werden im Oktober und November über Vor- und Nachteile der Betrieblichen Vereinbarung diskutieren und darüber beschliessen, wie sie angesichts des zugegebenen Personalmangels attraktivere Arbeitsbedingungen schaffen können, damit endlich genügend Personal rekrutiert werden kann, das im Beruf bleibt.

Duri Beer, Regionalsekretariat VPOD Zürich

29. November: AHV-Finanzierung

Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer

Nach einer intensiven und kontroversen Debatte haben mehr als zwei Drittel der Delegierten des VPOD/SSP entschieden. Sie sind gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der 13. AHV-Rente. Und rufen auf, sich für ein «Nein» einzusetzen.

Christian Dandrès, Präsident des VPOD/SSP zu den Gründen: «Am 29. November stimmen wir über die Finanzierung einer der wichtigsten sozialen Errungenschaften der jüngeren Geschichte der Schweiz ab: Der 13. AHV-Rente. Statt echten Lösungen liegt jedoch ein Vorschlag auf dem Tisch, dem wir nicht zustimmen können. Die anfallenden Mehrkosten sollen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden. Das bedeutet: Höhere Steuern auf zahlreiche Güter – und das in einer Zeit, in der die Teuerung für alle bereits deutlich spürbar ist. Das wollen wir nicht zulassen.

3 Gründe gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer:

Die AHV ist ausreichend finanziert: Sie hat 2025 einen Gewinn von 4.4 Milliarden Franken erzielt und verfügt über ein Rekordvermögen von 60.4 Milliarden Franken. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bringt im Jahr 1.5 Milliarden Franken – diese Summe ist im Vergleich zum bereits existierenden Vermögen der AHV vernachlässigbar. Sie rechtfertigt nicht die Mehrbelastung für Haushalte.

Die Mehrwertsteuer ist eine unsoziale Steuer: Der Steuersatz ist bei allen gleich – egal ob man Milliardär ist oder am Existenzminimum lebt, wobei lebensnotwendige Güter zu einem tieferen Satz besteuert werden. Die zusätzliche Belastung pro Haushalt beträgt dabei 180 CHF im Jahr.

Bereits die zweite Erhöhung in vier Jahren: Statt nachhaltige Lösungen zu finden, wälzt die Politik die Finanzierung schon wieder auf jene ab, die ohnehin jeden Franken zweimal umdrehen müssen. Es ist Aufgabe der Politik, echte Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten, statt billige Antworten auf komplexe Themen zu geben.

Bei unserer Delegiertenversammlung haben wir daher mit 22 zustimmenden und 6 ablehnenden Stimmen die Nein-Parole für die kommende Abstimmung beschlossen. Die kommenden Wochen werden wir dafür eine Kampagne lancieren. Um möglichst viele Menschen von einem Nein zu überzeugen, braucht es uns alle. Trage dich jetzt gleich in unsere Liste ein.

Solidarische Grüsse»

Christian Dandrès, Präsident VPOD

https://vpod.ch/diverses/mwst/
Webinar: 26. Oktober, 19.00–20.30 Uhr
(Link: https://vpod-ssp.ch)

Agenda

Mittwoch, 28. Oktober, 18 Uhr
How to strike? Crashkurs
Zürich, VPOD-Sekretariat

Samstag, 31. Oktober, 10–15 Uhr
Austausch für Vertrauensleute im Gesundheitsbereich
Olten

Donnerstag, 12. November, 9.30–16.30 Uhr
Building Our Union: Basismodul I – Mit Ansprache gewinnen
Zürich, VPOD-Sekretariat

Donnerstag, 12. November, 19 Uhr
VPOD Behinderten-Transporte Zürich BTZ
Zürich, VPOD-Sekretariat

Montag, 16. November, 19 Uhr
Vorstand VPOD Zürich
Zürich, VPOD-Sekretariat

Dienstag, 17. November, 11–16 Uhr
VBZ-Versammlung
Zürich, VPOD-Sekretariat

Donnerstag, 19. November, 10.00–16.30 Uhr
Verbandskommission Feuerwehr
Bern, Forsthaus West

Freitag, 20. November, 9.30–16.30 Uhr
Building Our Union: Basismodul II – Betrieb
Zürich, VPOD-Sekretariat

Danke für deine Solidarität. Deine Mitgliedschaft. Dein Engagement. Deine Arbeit.
Du kriegst eine «Prämie», wenn du ein VPOD-Neumitglied gewinnst.
Es lohnt sich: https://zuerich.vpod.ch/mitmachen/service/

Impressum: Eine Beilage zum VPOD-Magazin | **Herausgeber:** VPOD Schweiz, Generalsekretärin Rebekka Wyler und VPOD Zürich | **Redaktion:** Duri Beer (db.), Christoph Schlatter (slt.) | **Auflage:** 3000 Exemplare
VPOD Zürich Informationen: Postfach 8470, 8036 Zürich, Telefon 044 295 30 00, info@vpod-zh.ch, www.zuerich.vpod.ch | Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

SGB: Krankenkassenprämien

Starker Anstieg!

Erneut werden die Krankenkassen-Prämien in der Grundversicherung stark ansteigen. Für viele Haushalte ist die Grenze des Belastbaren längst erreicht. Eine schnelle Linderung ist nötig, und auch möglich.

Der Prämienanstieg kann gesetzlich gebremst werden. Denn es ist heute zwar ein Bundesgesetz, aber kein Naturgesetz, dass die steigenden Kosten jeweils fast ausschliesslich durch die Prämienzahlenden finanziert werden müssen. Auch nächstes Jahr werden die Prämien wieder massiv ansteigen, und zwar um 5 Prozent. Während eine vierköpfige Familie im schweizweiten Durchschnitt schon vor zehn Jahren fast 11 000 Franken jährlich für Prämien aufwenden musste, werden es nächstes Jahr bereits fast 15 000 Franken sein. Diese Situation ist gesundheitspolitisch schädlich, sie ist sozialpolitisch unhaltbar und sie ist wirtschaftspolitisch irrsinnig. Wenn sich immer mehr Leute die Prämien vom Mund absparen müssen, leiden nicht nur die Millionen von Betroffenen. Auch der Binnenwirtschaft wird der Schnauf abgewürgt. Und wenn sich immer mehr Leute wegen der horrenden Kostenbeteiligung zu spät in Behandlung begeben, wird es für alle nur noch teurer.

Natürlich kostet eine qualitativ hochstehende und für alle zugängliche Gesundheitsversorgung etwas. Nur ist es weder ein Naturgesetz, dass diese derart unsozial finanziert wird und dabei Hunderte Millionen Franken an Prämiengeldern für Profitmacherei verschleudert werden und in ineffizienten Prozessen versickern. Und vor allem ist es kein Naturgesetz, dass die Prämien laufend mit den Kosten steigen: Das Parlament könnte die gesetzliche Vorgabe ändern und den Prämienanstieg auf beispielsweise drei Prozent beschränken. Genau so forderte es eine Motion unseres Präsidenten Pierre-Yves Maillard, über welche der Ständerat am 30. September befindet. Darüber hinausgehende Kostensteigerungen müssten dann über soziale bzw. einkommensabhängig erhobene Steuern finanziert werden und nicht über unsoziale Kopfprämien.

Aber auch die Kantone stehen weiter in der Pflicht: Sie müssen nun den bereits Anfang Jahr in Kraft getretenen Gegenvorschlag zur Prämienentlastungsinitiative konsequent umsetzen. Dieser verpflichtet sie dazu, ein gesetzliches Sozialziel für die maximale Haushaltsbelastung festzulegen und vor allem die Prämienverbilligungen künftig im Gleichschritt mit den Kostensteigerungen anzuheben.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

ERZ: Abbau in der Stadtreinigung

Auf Kosten der Mitarbeitenden

Bei Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) wird die Stadtreinigung seit Anfang 2026 mit 14 statt bisher 15 Lkw organisiert. Was als effizientere Organisation präsentiert wird, hat für die Mitarbeitenden einen hohen Preis.

Die Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag zeigen: Das 14-Lkw-Modell funktioniert nur, weil die Teams täglich Mehrarbeit leisten, Touren nach dem vorgesehenen Feierabend abschliessen und die zusätzliche Belastung auffangen. Ein planbarer Feierabend ist kein Privileg, sondern Teil guter Arbeitsbedingungen. Doch genau dieser ist im aktuellen System oft nicht mehr gewährleistet. Späte Rückkehrzeiten, Fahrten im Abendverkehr und wachsende Zeitguthaben belasten die Beschäftigten. Mehrarbeit kann in Ausnahmefällen notwendig sein. Sie darf aber nicht zur stillschweigenden Voraussetzung werden, damit der reguläre Betrieb überhaupt funktioniert.

Der VPOD verlangt deshalb eine ergebnisoffene Überprüfung des 14-Lkw-Modells. Dazu gehören transparente Auswertungen zu Arbeitszeiten, Touren, tatsächlichen Arbeitsenden, Überzeiten und Belastungen. Die betroffenen Mitarbeitenden und ihre Vertretungen müssen verbindlich einbezogen werden. Wenn ERZ an 14 Lkw festhalten will, muss nachgewiesen werden, dass die Touren innerhalb der regulären Arbeitszeit zuverlässig und ohne dauernde Zusatzleistungen bewältigt werden können.

Die Verantwortung liegt bei ERZ: Der Betrieb muss so organisiert sein, dass ausreichend Personal und Kapazitäten vorhanden sind und die Gesundheit der Mitarbeitenden geschützt wird. Zusätzliche Arbeitszeit muss die Ausnahme bleiben – und darf nicht der Motor sein, mit dem ein ungenügend ausgestattetes Modell am Laufen gehalten wird.

Der VPOD wird das Thema weiter begleiten und sich gemeinsam mit den betroffenen Mitarbeitenden für realistische Touren, verlässliche Arbeitszeiten und einen planbaren Feierabend einsetzen.

Richard Ernst

Mindestlohn-Referendum gegen den Lohn-Angriff

Über 100 000 Unterschriften eingereicht

Ein Bündnis aus Gewerkschaften und Parteien hat über 100 000 Unterschriften für ein Referendum gegen den Lohn-Angriff eingereicht. Doppelt so viel wie nötig. Jetzt hat die Stimmbevölkerung das letzte Wort.

Mindestlöhne sind eine Erfolgsgeschichte. Wo sie eingeführt werden, gibt es weniger Armutslöhne – ohne dass die Arbeitslosigkeit steigt. Ausserdem stabilisieren sie das gesamte Lohngefüge. SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard stellt fest: «Der Angriff auf die Mindestlöhne stellt den Grundsatz in Frage, dass Löhne zum Leben reichen müssen. Das ist vollkommen inakzeptabel.» Mit der Übergabe von mehr als 100 000 Unterschriften wurde sichergestellt, dass das Referendum zustande kommt. Damit erhält das Volk die Chance, den Lohn-Angriff zu stoppen.

Das Parlament hatte im Sommer beschlossen, dass kantonale und kommunale Mindestlöhne in Zukunft nicht mehr für alle Arbeitnehmenden gelten sollen. Dadurch würden die Kantone ihrer verfassungsgemässen Kompetenzen beraubt. Zudem würden kantonale und kommunale Volksabstimmungen ausgehebelt.

Konkret sieht der Lohn-Angriff vor, dass kantonale und kommunale Mindestlöhne nicht mehr für Arbeitnehmende in Branchen mit allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen gelten – selbst wenn Kantone oder Gemeinden ausdrücklich das Gegenteil beschlossen haben. Das trifft vor allem Arbeitnehmende in Branchen mit tiefen Löhnen, etwa im Gastgewerbe und in der Reinigung. Aber auch Tieflohnbeschäftigte in Coiffeursalons, im Personalverleih, in Bäckereien oder Metzgereien wären betroffen. Unia-Präsidentin Vania Alleva kritisierte bei der Übergabe noch einen weiteren Effekt: «Zwei Drittel der Menschen, die von Mindestlöhnen profitieren, sind Frauen. Wer Mindestlöhne schwächt, schwächt auch die Gleichstellung.»

In Genf und Neuenburg hat die Stimmbevölkerung Mindestlöhne beschlossen, die für alle Beschäftigten gelten. Dasselbe gilt für die Städte Zürich und Winterthur. In Luzern hatte das Stimmvolk erst vor nicht einmal zwei Wochen den gesetzlichen Mindestlohn ohne GAV-Ausnahme bestätigt. Selbst das bürgerliche Parlament im Kanton Tessin hat einen Mindestlohn ohne GAV-Ausnahme beschlossen. «Die Mehrheit des Parlaments hat die demokratischen Entscheide in den Kantonen und Gemeinden nicht verdaut. Dieses Gesetz ist ein Putsch gegen die direkte Demokratie und missachtet, was das Bundesgericht mehrmals bestätigt hat: Mindestlöhne sind sozialpolitische Instrumente, die den Kantonen und Gemeinden zur Verfügung stehen», erklärt Jacqueline Badran, Vizepräsidentin der SP Schweiz.

Zwar soll ein Bestandsschutz gelten, so dass bereits eingeführte Mindestlöhne nicht unmittelbar gesenkt werden. Doch in Zukunft sollen diese nicht mehr an die Teuerung angepasst werden. An den übrigen Orten dürften kantonale oder kommunale Mindestlöhne für GAV-Beschäftigte niemals eingeführt werden.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB

Stadt Zürich: Stadtpräsidium

Antrittsbesuch einer VPOD-Delegation

Eine fünfköpfige Delegation des VPOD Zürich traf sich kürzlich mit dem neuen Zürcher Stadtpräsidenten Raphael Golta. Zum informellen Austausch. Zur Delegation gehörte auch ein Vertreter der Tessiner Personalkommission im Bereich Migration am CFA Pasture, um einige der wichtigsten aktuellen Probleme – unter anderem im Bereich Migration und Dienstleistungsmanagement – zu erörtern.

Das Treffen bot eine wichtige Gelegenheit zum Austausch über die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Dienstleistungsbewirtschaftung, dem Wettbewerb und der Entwicklung der öffentlichen Beschaffungen, sowohl in der Stadt Zürich als auch in anderen Regionen der Schweiz. Während des Austauschs wurden verschiedene operative und strategische Fragen angesprochen, darunter:

- die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Dienstleistungsbewirtschaftung in Zürich und anderen Regionen, mit besonderem Augenmerk auf das Verhältnis und den Wettbewerb zwischen öffentlichen Trägern und privaten Anbietern;
- die Notwendigkeit, klarere Qualitätskriterien und Mindeststandards bei der Erbringung von Dienstleistungen zu gewährleisten;
- die strategische Rolle des Immobilienbesitzes, auch im Zusammenhang mit den Verantwortlichkeiten und den Modalitäten der Dienstleistungsbewirtschaftung.

Ein wichtiger Teil der Diskussion betraf die Bundesaufträge im Migrationsbereich und die Auswirkungen, die die Vergabemodalitäten auf die Organisationen, die Mitarbeitenden und die Qualität der Dienstleistungen haben können. Die Delegation brachte ihre Besorgnis über Verfahren zum Ausdruck, bei denen der wirtschaftliche Faktor und der Preis eine entscheidende Rolle spielen können, was das Risiko birgt, dass Erfahrung, Kontinuität, regionale Verankerung und die Qualität der geleisteten Arbeit benachteiligt werden. Zudem wurde die Möglichkeit erörtert, ein formelles Schreiben an die Bundesbehörden in Bern zu richten, um diese Probleme den Institutionen zur Kenntnis zu bringen und um einen Austausch über die Vergabeverfahren und die angewandten Kriterien zu bitten.

Im Verlauf des Treffens zeigte Stadtpräsident Raphael Golta grosse Bereitschaft, den von der Delegation vorgebrachten Problemen Gehör zu schenken und ihnen Aufmerksamkeit zu widmen. Der Stadtpräsident erklärte sich zudem bereit, mögliche Formen der Zusammenarbeit zu prüfen und die Anliegen, die die Delegation später formulieren wird, entgegenzunehmen.

Für den VPOD Zürich ist dies ein wichtiges Signal: Durch den offenen Dialog mit den Institutionen können den Behörden nicht nur die Sorgen der Arbeitnehmenden, sondern auch weiterreichende Fragen im Zusammenhang mit der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, der Kontinuität der Leistungen und der Steuerung des Migrationsbereichs zur Kenntnis gebracht werden.

Die VPOD-Delegation dankt Stadtpräsident Raphael Golta für die gewidmete Zeit, die gezeigte Bereitschaft und die Offenheit für den Austausch. Das Treffen stellt einen ersten Schritt in Richtung einer möglichen Zusammenarbeit und eines institutionellen Dialogs dar, den die Delegation in den kommenden Wochen fortsetzen will.

Duri Beer, Nicola Ranieri

Fotobyline: VPOD Zürich

«Raphael Golta, Elvira Kläy, Roman Burger, Gülizar Cestan, Duri Beer, Nicola Ranieri (v.l.n.r)»